

Mediencommuniqué vom 17. Februar 2015

Der MV Basel 1891 erzielt im 17. Jahr in Folge ein Wachstum - das verpflichtet:

Initiativ gegen Mietzinsnot und Verdrängung

Der Basler Mieterverband bleibt auch im 17. Wachstumsjahr in Folge «bestens aufgestellt». Er bleibt verärgert, weil die Behörden die wachsende Mietzinsnot negieren und so die Basler Wohnbevölkerung verdrängen und ersetzen lassen. Der MV Basel kontert unter anderem mit drei Initiativen, um die bezahlbaren bzw. günstigen Wohnungen der Basler Mieter/innen zu schützen.

Seit über sieben Jahren beklagt der Basler Mieterinnen- und Mieterverband die zunehmende *Wohnungsnot* in Basel. Den Begriff *Wohnungsnot* benutzen neuerdings auch Regierungsräte und Politiker/innen, allerdings nicht im Interesse der aktuellen Basler Wohnbevölkerung, sondern eher als Werbeslogan für behördliche Investorenförderpolitik und für überbeuerte Neubauwohnungen.

Mietzinsnot wird zum Massen- und Mittelstandsphänomen

Doch der *heutigen* Basler Wohnbevölkerung fehlt nicht teurer neuer Wohnraum; sie leidet unter immer akuter werdender *Mietzinsnot*, dem entscheidenden Aspekt der Wohnungsnot. Die Ausgrenzung und Umschichtung der Basler Wohnbevölkerung ist voll im Gang. Von Mietzinsnot und Kündigungen betroffen sind alle, Alt und Jung. Immer mehr unter ihnen finden den Weg zum MV.

Mit seinen bisher 104 Sammelklagen (seit 2005) hat der MV Basel noch jedesmal das Schlimmste abwenden können. Dies wirkte in vielen Fällen präventiv: Investoren zogen eine Massensanierung unter Verbleib der Mietparteien vor gegenüber einer Leerräumung mittels Massenkündigung.

Massenkündigungen: Behörden machen Kleineigentümer zu Alltagsspekulanten

Doch neu werden auch langjährige Mietparteien kleinerer Wohnhäuser massengekündigt. Treibende Kräfte sind hier nicht mehr Grossinvestoren wie Pensionskassen und Anlagefonds. Vielmehr verfallen nun eher Kleineigentümer in eine Art Dagobert-Duck-Mentalität und werden zu Klein-, Alltags- und Zufallsspekulanten, die das grosse Geld riechen.

Seit Langem schon warnt der MV Basel vor solcher Kleinspekulation. Nun scheint es, als ob sie wie vom MV vorhergesehen durch den per Mitte 2014 vorgenommenen Wechsel vom sozialen Abbruchschutzgesetz zum investorenfreundlichen sog. Wohnraumfördergesetz befeuert zu werden.

Initiative vom 8. März: Vorzugsweise zum Schutz bestehender Wohnverhältnisse

Zur Abstimmung vom 8. März sagt der MV Basel kritisch «Ja, aber...» Der MV Basel hat fast ein Sechstel der Unterschriften (501) zur Initiative beigetragen mit der Begründung, dass es nicht in erster Linie um die Schaffung genossenschaftlichen Wohnraums gehen darf. Vielmehr hat die geplante Stiftung vorzugsweise *bestehenden* bezahlbaren Wohnraum der Spekulation zu entziehen und so die jetzigen Wohnverhältnisse zu bewahren. Besonders wichtig ist dabei, dass dies mit den betroffenen Mietparteien zusammen geschieht und dass die Stiftung in demokratischer (paritätischer) Weise verwaltet wird.

«Basel muss bezahlbar bleiben!»: Jubiläumskampagne gegen Mietzinsnot und Verdrängung

Just nach der Abstimmung startet der MV Basel seine Jubiläumskampagne. Hier und jetzt will nämlich die Basler Mietwohnbevölkerung ihren Wohnraum behalten - und ihn auch bezahlen können. Zur Bekämpfung der aktuellen Mietzinsnot braucht es daher raschen behördlichen und rechtlichen Schutz, damit Basel bezahlbar bleibt bzw. seine Mietwohnungen bezahlbar bleiben. Die kantonalen Behörden sollen jungen, älteren und alten Mieter/innen jenen minimalen sozialen Rechtsschutz gewähren müssen, wie er etwa in Deutschland längst besteht. Mit drei kantonalen Initiativen plant der MV mehr Einzel- und Kollektivschutz um- und durchzusetzen.